



Nueva Nicaragua **Informe**

15. Jahrgang

November 2018

Nr. 163

Nicaragua: Wer wen?

Wolfgang Herrmann

Nicaragua stellte seine Zigarren auf der internationalen Tabakmesse in Dortmund vor. Sie genießen eine hohe Wertschätzung bei den Experten aus aller Welt. Ganz anders sieht das aus, wenn in der Bundesrepublik Deutschland über die Lage in Nicaragua gesprochen wird. Ob links oder rechts, an Comandante Daniel Ortega wird kaum ein gutes Haar gelassen. Die Ursachen der Ereignisse in den Monaten von April bis Juli wurden und werden überall in der Welt als Putschversuch klassifiziert. In der Bunderepublik Deutschlands werden sie vor allem dem Comandante in seiner „Machtbesessenheit“ zugeschrieben.

Weltweit bekunden linke Bewegungen und Organisationen ihre Solidarität mit dem mittelamerikanischen Land und seinem Comandante. Der hatte auf dem 21. Treffen des Forums von Sao Paulo im Sommer 2015 in Mexiko-Stadt gesagt: „Sie haben uns ihr demokratisches System auferlegt, das uns gestattet, über Wahlen an die Macht zu gelangen. Wenn wir das aber schaffen, dann setzen sie alle undemokratischen Mittel ein, um uns wieder von der Macht zu verdrängen.“ Wie recht er hat!

Azul y Blanco – Blau und Weiß

Am 14. Oktober 2018 fand in Berlin eine Diskussionsveranstaltung mit Mónica Baltodano, Julio López und Amaru Ruiz zum Thema „Nicaragua am Abgrund: Mögliche Auswege aus der Sackgasse?“ statt. Veranstalter waren Nicaragua-Solidarität Berlin, INKOTA-netzwerk e.V. und SOSNicaragua-Alemania. Dort positionierten sich Protagonisten der Bewegung „Nationale Einheit Blau und Weiß“ („Unidad Nacional Azul y Blanco“). Das war mich für keine Überraschung.

Die Tageszeitung *Neues Deutschland* stieß in einem Interview von Nikolas Grimm mit Monica Baltodano in das Horn der Ortega-Gegner. Bereits das Foto ist eine Offenbarung. Es zeigt einen vermummten Jugendlichen zwischen brennenden Straßensperren. Unterschrieben ist das Foto mit „Ein Demonstrant zwischen brennenden Barrikaden in Managua, Nicaragua“. So sehen sie also aus, die viel zitierten friedlichen Demonstranten der Opposition in Nicaragua.

Zu Beginn des Interviews wird Mónica Baltodano vorgestellt: „Bei der Revolution 1979 Kommandantin der sandinistischen Befreiungsfront FSLN. Als Abgeordnete der FSLN von 1997 bis 2002 positionierte sie sich kritisch gegen Daniel Ortega und brach 2005 mit der Partei. Sie gründete die Bewegung zur Rettung des Sandinismus (MRS), für die sie von 2007 bis 2012 als Abgeordnete im Parlament saß.“

Warum lässt das Porträt die 18 Jahre zwischen 1979 und 1997 aus? Comandante Guerrillera Mónica Baltodano trug diesen Titel in den 1980er Jahren. Sie war Mitglied der Asamblea Sandinista, dem Beratungsorgan der historischen Nationalleitung der FSLN. Sie gehörte zum Lager des Mitglieds der Nationalleitung Comandante Bayardo Arce, der für die politischen Strukturen der FSLN verantwortlich war. Heute ist er Wirtschaftsberater des Präsidenten. Bis 1985 leitete sie die Abteilung für Organisation und Massenorganisationen (DORMA) der Nationalleitung und wechselte danach in das Präsidialamt des Präsidenten Daniel Ortega. Dort war sie bis zur Wahlniederlage 1990 die Chefin.

Mónica Baltodano war bereits von 1990 an Abgeordnete der FSLN in der Nationalversammlung. Mitte 1991 fand der 1. Parteikongress der FSLN statt. Dort konstituierte sich die FSLN als Partei. Mónica Baltodano wurde Mitglied des neu geschaffenen Parteirates. Auf dem 1. Parteitag musste die neu gegründete Partei FSLN ihre weitere strategische Ausrichtung entscheiden. Zwei Linien standen zur Debatte: Die Gruppierung um Sergio Ramirez, den ehemaligen Vize-Präsidenten, vertrat die Linie, der neoliberalen Politik der Chamorro-Regierung mit Reformvorschlägen zu begegnen. Die Gruppierung um Daniel Ortega vertrat die Linie, dem neoliberalen Modell eine revolutionäre Antwort zu geben. Die Ortega-Gruppierung setzte sich durch. Der Meinungsstreit über die Parteistrategie ging im Parteirat der FSLN und in der FSLN-Fraktion der Nationalversammlung weiter. In der Partei dominierte die Ortega-Linie, in der Fraktion die Linie von Ramirez. Das führte schließlich nach den Wahlen 1996 zur Abspaltung der Ramirez-Anhänger. Sie bildeten die Sandinistische Erneuerungsbewegung (MRS), deren Vorsitzender Sergio Ramirez wurde.

1998 gab sich die FSLN ein neues Programm. Das historische Programm von 1969 hatte seine Aufgabe erfüllt. In ihm wollte die FSLN über den politischen und militärischen Kampf die Somoza-Diktatur schlagen und ein neues Gesellschaftsmodell in Nicaragua aufbauen. In der neuen Etappe ging es aber darum, auf parlamentarischem Wege die Konservativen und Liberalen im Kampf um die Macht zu schlagen. Das Programm von 1998 legte also die neue Strategie der FSLN fest. Im Falle der Machtergreifung wollte sie die Sandinistische Revolution fortsetzen. Das war zu viel für die „Erneuerer“. Sie wollten lediglich Reformen. Erneut siegte die Ortega-Linie gegen die Linie der „Erneuerer“. Ramirez legte alle politischen Ämter nieder und Mónica Baltodano wurde Vorsitzende der MRS.

Vor den Wahlen 2001 flirtete die MRS noch einmal mit der FSLN. Sie wollte schließlich wieder in die Nationalversammlung. Nach der Wahlniederlage schob sie alle Schuld dafür auf die FSLN und vollzog endgültig die Trennung. Fortan trat sie bei Wahlen allein an. 2006 hatte sie mit Herty Lewites einen eigenen Kandidaten. Er starb einige Monate vor den Wahlen. Sein Erbe übernahm der Schwiegersohn Violeta Chamorros, Edmundo Jarquín. Er bekam bei den Wahlen lediglich 6,3 Prozent, brachte aber Mónica Baltodano noch einmal in die Nationalversammlung. 2007 trennte sie sich von der MRS. Sie gründete die Bewegung zur Rettung des Sandinismus, die auch das Kürzel MRS trägt.

Mónica Baltodano brach also erst 2005 mit Ortega, als sich die MRS sicher fühlte, mit einem eigenen Kandidaten Herty Lewites erfolgreich in die Präsidentschaftswahlen von 2006 zu gehen. Es kann durchaus sein, dass ihr dessen Nachfolger Edmundo Jarquín nicht in den Kram passte. Das kann wiederum mit dessen Schwager Carlos Fernando Chamorro zusammenhängen. Der war in den 1980er Jahren Chef der Abteilung für Agitation und Propaganda (DAP) der Nationalleitung der FSLN und Chefredakteur der FSLN-Zeitung „Barricada“. 1988 verließ er die FSLN und kehrte in den Schoß der Familie zurück. Mónica Baltodano und ihr Lebensgefährte Julio Lopez, ein Gesprächspartner der Veranstaltung vom 14. Oktober 2018, der in den 1980er Jahren Chef der Abteilung Internationale Verbindungen (DRI) in der FSLN war, warfen C. F. Chamorro Verrat vor.

Ich gehe davon aus, dass Mónica Baltodano bis 1996 Daniel Ortega die Treue hielt, weil sie, wie einige andere auch, daran glaubte, dass die FSLN 1996 bei den Wahlen wieder an die Macht gelangt. Nach der Wahlniederlage orientierte sie sich neu. Victor Tirado, ein Mitglied der historischen Nationalleitung, hatte sich nach 1996 auch für die MRS entschieden. Nach dem 18.

April 2018 versöhnte er sich mit Daniel Ortega. Ein solcher Weg scheint für Mónica Baltodano ausgeschlossen zu sein.

Interviewer Nikolas Grimm vom *nd* meinte in einer Frage: „Ortega verlautete nach einer Repressionswelle im Juli, es herrsche wieder Normalität im Land“. So etwas hat Ortega nie gesagt. In den Interviews mit *TeleSur* und *Russia Today* hatte Ortega erklärt, dass von Normalität erst dann wieder die Rede sein kann, wenn die Situation in Nicaragua so sei, wie vor dem 18. April. Und er fügte hinzu, dass es bis dahin ein langer Weg sein wird.

Im Interview wird über die Bewegung „Nationale Einheit Blau und Weiß“ („Unidad Nacional Azul y Blanco“) gesprochen. Sie wird als ein linkes Bündnis bezeichnet. Ein tolles linkes Bündnis, das mit den Bürgerlichen und den Organisatoren der „tranques“ gemeinsame Sache macht. Zur Perspektive befragt, antwortet Mónica Baltodano: „Wir können keine drei Jahre auf Wahlen warten. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Situation in Nicaragua weiter eskaliert. Ich habe davor gewarnt, dass es zum Bürgerkrieg führen kann, wenn Ortega sich an die Macht klammert. Aber wir wollen auch keine ausländische Intervention. Wir wollen, dass das Ausland versteht, dass das einzige, was die Situation lösen kann, ein friedlicher Rücktritt Ortegas ist. Darauf sollte das Ausland drängen.“

Die Oligarchie Nicaraguas meldet sich zu Wort

Das sieht die nicaraguanische Oligarchie ganz anders. *Confidencial* veröffentlichte am 21. September 2018 den Beitrag „Der Weg des Wechsels und die Demokratie“ von Carlos Fernando Chamorro, dem ehemaligen Chef der DAP der FSLN. Darin wird das Szenarium entwickelt, mit dem die Verhältnisse in Nicaragua gekippt werden sollen.

Carlos Fernando Chamorro ist der Sohn von Pedro Joaquín Chamorro und Violeta Chamorro. Pedro Joaquín Chamorro wurde 1978 von der Somoza-Garde ermordet. Er war Vorsitzender der 1977 gegründeten Demokratischen Befreiungsunion (UDEL), die, von den USA unterstützt, eine bürgerliche Alternative zur Somoza-Diktatur werden sollte. Die UDEL setzte auf den Dialog mit Somoza, den dieser aber ablehnte. Gespräche mit der FSLN lehnte die UDEL zunächst ab. Ende 1977 nahm sie jedoch Gespräche mit der Tendenz „Tercerista“ der FSLN (zu ihr gehörte Daniel Ortega) auf. Das war das Todesurteil für Chamorro.

Violeta Chamorro gehörte von 1979 bis 1980 der Regierungsjunta an und verließ diese, weil sie die Verteilung des Somoza-Eigentums nach den Vorstellungen der FSLN nicht mitmachen wollte. 1990 führte sie die Nationale Allianz an, die die Wahlen gegen die FSLN gewann.

In seinem Buch „Die Oligarchie in Nicaragua“ schreibt Orlando Nuñez: „Die Oligarchie ist die Macht, die für ewig von einer Familiengruppe ausgeübt werden soll, die sich aus Aristokraten und Angehörigen der dominierenden Klasse zusammensetzt. Sie entspricht einer Vereinigung der Reichen und Noblen, die auf Grund des sozialen Prestiges, der politischen Macht, der ökonomischen Ressourcen und des kulturellen Einflusses über Jahrhunderte hin Privilegien festhalten, handhaben und erneuern, mit dem Ziel, der Gesellschaft eine Mentalität für die Hierarchie einzupflanzen und festzuschreiben, in der die Zusammenhänge von Überlegenheit und Unterlegenheit das gesellschaftliche Verhalten gestalten. Ihr Einfluss hat einen Rassen- und Klassencharakter. Sie ist irritiert, wenn ohne ihre Kontrolle die Macht von Anführern ausgeübt wird, die ohne Namen, Bekanntheitsgrad, Klasse, Bildung und angeborene Rechte sind. Die historisch beanspruchte Anerkennung stammt aus den Werten, die der Abstammung und der kolonialen oder imperialen Verbindung zugebilligt werden. Der Prototyp einer Familie, die zur Oligarchie in Nicaragua gehört, ist die Familie Chamorro.“

Und weiter: „Während der letzten Jahre der Diktatur Somozas und des Guerillakampfes, verbündete sich die FSLN mit der nicaraguanischen Oligarchie, das heißt mit der konservativen Elite, um die somozistische liberale Armee, den bewaffneten Arm der Unternehmerklasse, in ihrer Gesamtheit zu schlagen. Aus diesem Anlass erhob sich die konservative Oligarchie gegen die Liberalen, wie sie es schon einige Male in ihrer Geschichte getan hat. Wenn diese Besonderheit des Aufstandes nicht gewesen wäre, die Revolution hätte sich in nichts unterschieden von den sogenannten Revolutionen, welche die Konservativen oder Liberalen gegenseitig im Verlauf der nicaraguanischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts durchführten.“ Aus dieser Familie der Oligarchie stammt Carlos Fernando Chamorro. Er ist also nicht einfach ein Oppositioneller. Er gehört den reichsten, wirtschaftlich stärksten und einflussreichsten Familien an, die immer noch entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung des Landes haben.

Die Rotfuchs-Ausgabe vom Oktober veröffentlichte den Beitrag „Top secret: Der ‚Meisterschlag‘ der USA gegen Venezuela“. Das Szenarium der Zerschlagung der Bolivarischen Revolution, das „Top secret“ sein sollte, könnte auch für die Zerschlagung der Sandinistischen Revolution geschrieben sein. Nur mit dem Unterschied, dass es Carlos Fernando Chamorro ganz offen in

seinem Artikel, der in dieser Informe-Ausgabe wiedergegeben wird, beschreibt.

Mit anderen Worten: Die nicaraguanische Oligarchie hat wieder einmal die Nase voll von der Sandinistischen Revolution. Sie muss weg, ihre Anführer müssen entmachtet und bestraft werden. Die Entmachtung muss unter internationaler Kuratel erfolgen. Die nicaraguanische Oligarchie hat aber auch die Nase voll von der laschen liberalen Opposition und den Leuten vom Unternehmerverband COSEP, die in Wirtschafts- und sozialen Fragen die Allianz mit der Ortega-Regierung eingegangen waren.

In der Geschichte gab es bereits Vertreter der Familie Chamorro, die sich die Hilfe der USA holten, als die Entwicklung nicht nach ihren Vorstellungen verlief: Am 8. Februar 1913 unterschrieben Diego Manuel Chamorro und der nordamerikanische Minister in Managua George Weitzel den Chamorro-Weitzel-Vertrag, um das Nicaraguakanalprojekt zu verwerfen. Ein anderer Chamorro, Emiliano, und der US-Staatssekretär William Jennings Bryan unterschrieben am 5. August 1914, dem Jahr, in dem der Panamakanal eingeweiht wurde, den Chamorro-Bryan-Vertrag. Der Chamorro-Bryan-Vertrag legte fest, dass Nicaragua den USA alle Rechte für den Bau eines zukünftigen interozeanischen Kanals für drei Millionen US-Dollar abtritt.

Es ist schon interessant, dass damals wie heute die Familie Chamorro dabei war und ist, wenn es darum ging und geht ein Kanalprojekt durch Nicaragua zu verhindern. Der Gründer der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN) Comandante Carlos Fonseca Amador sah das zu seiner Zeit so: „Die konservative bürgerliche Denkweise, vertreten vom ‚Chamorro-Clan‘, ließ kein weitreichendes Ingenieurbauwerk für die Republik, der obersten juristischen liberal-konservativen Fiktion, zu. Es kann festgestellt werden, dass sich unter den Elementen, die der spanischen Macht die Treue hielten, der reiche Kreole Pedro Chamorro befand.“

An allem ist Ortega schuld?

Erinnern wir uns: Am 29. November 2016 versammelte sich rund eine Million Menschen auf der „Plaza de la Revolución“ in Havanna, um Fidel Castro zu ehren. Staatsoberhäupter und Regierungschefs, Gewerkschafts- und Kirchenführer, Repräsentanten von sozialen Verbänden und zivilgesellschaftlichen Organisationen waren nach Havanna geflogen, um an der Trauerfeier teilzunehmen. Daniel Ortega, der gerade wieder zum Präsidenten Nicaraguas gewählt worden war, nahm als einziger der anwesenden Staats- und Regierungschefs eine Art Dialog mit der Menschenmenge auf. Er ließ seinen

Blick wortlos über den Platz schweifen, so als suche er jemanden. Leise sagte er: „Dónde es Fidel?“ (Wo ist Fidel?) Als es still blieb, wiederholte Ortega die Frage lauter: „Dónde es Fidel?“ „Aquí!“ (Hier!) riefen zunächst einzelne in der Menge. Die „Aquí-Rufe“ wurden immer mehr, bis schließlich tausendfach der Ruf erscholl: „Yo soy Fidel! Yo soy Fidel!“ (Ich bin Fidel!)

Dieser Mann, ein glühender Verehrer Fidel Castros, soll also ein politisches Monster sein, das verfolgen und foltern lässt, das einer grausamen Diktatur vorsteht, die schlimmer als die von Somoza ist?

Natürlich ist Daniel Ortega „schuld“ daran, dass er sich von frühester Jugend an, der Sache des Sandinismus verschrieben hat, von der Somoza-Garde gefangen genommen, eingekerkert und gefoltert wurde. Er ist mit „schuld“ daran, dass die FSLN am 19. Juli 1979 die Somoza-Diktatur vertrieb. Und er war auch „schuld“ daran, dass ihn seine acht Mit-Comandantes 1979 für die Funktion des Koordinators der Regierungsjunta und nach deren Zerfall 1980 zum Koordinator des Neuen Staatsrates bestimmten. Eine weitere „Schuld“ bestand darin, dass er 1994 bei den Wahlen als Präsident kandidierte und die Wahl gewann. Er war „schuld“ daran, dass sich die FSLN gegen die Contras wehrte und die USA das Wirtschaftsembargo über Nicaragua verhängte. Er trug die „Schuld“ dafür, dass die Gorbatschow-Führung die Revolutionäre Nicaraguas im Regen stehen ließ und an den Verhandlungstisch mit der politischen Contra-Führung zwang. Auch war er „schuld“, die vorgezogenen Wahlen 1990 verloren zu haben. Warum musste er bei der Übergabe der Präsidentschaft an Violeta Chamorro auch trotzig sagen: „Wir werden Nicaragua jetzt von unten regieren.“

Ortegas „Schuld“ besteht darin, dass er sofort nach der Übernahme der Regierung im Januar 2007 die Beziehungen zu Kuba, Venezuela und Bolivien normalisierte und der Bolivarischen Alternative für die Völker Unseres Amerikas (ALBA) beitrug. Eine große „Schuld“ nahm er auf sich, als er für die Stärkung der Mittelamerikanischen Integration eintrat und initiierte, dass der Golf von Fonseca mit den Anliegern El Salvador, Honduras und Nicaragua eine Zone des Friedens wird, ganz zu schweigen von seinem Einsatz für die Gründung und Entwicklung der Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC).

Noch größer wurde seine „Schuld“, als er 2007 das revolutionäre Projekt wieder aufnahm, eine Reihe sozialer Programme in Gang setzte und den Wirtschaftssektor der Pymes, der kleinen und mittleren Produzenten, schuf und förderte. Dabei nahm er sich Sandino zum Vorbild, der in den Dörfern, die von seiner Armee beschützt wurden, auf die Bildung von Kooperativen

der Bauern, Landarbeiter und Handwerker orientierte. Die von den sozialen Programmen Begünstigten und die Pymes sind das „Klientel“, dem er und die FSLN „alles zuschanzen“. Das gab es natürlich in der „neuen Zeit“ der Liberalen zwischen 1990 und 2006 nicht. Und wie konnte er sich erlauben, den Traum vom Großen Nicaraguakanal wieder auf die Agenda zu setzen.

Mónica Baltodano, Julio Lopez und Carlos Fernando Chamorro gehörten wie Sergio Ramirez und viele andere dem Führungszirkel der FSLN der 1980er Jahre an. Heute wollen sie damit nichts mehr zu tun haben. Sie zogen sich zurück und ziehen heute über Daniel Ortega her. Dieser und seine Anhänger nahmen den ganzen Schmutz, der über die FSLN nach der Wahlniederlage 1990 ausgeschüttet wurde, auf sich und machten weiter.

Mónica Baltodano spricht davon, dass eine breite Koalition erforderlich ist, „um überhaupt erst mal ein Minimum an Demokratie wiederzuerlangen... Wir verbündeten uns mit dem Bürgertum aus taktischen Gründen, um etwas Freiheit und demokratische Luft wiederzuerlangen“. Auf die Frage des Interviewer vom *nd*, ob ein Ursprung der späteren autoritären Entwicklung darin bestanden hätte, dass die FSLN es nach dem Sieg 1979 versäumt habe, sich von einer Guerillaorganisation in eine demokratische Partei zu wandeln, wie Sergio Ramírez in seiner Autobiografie schreibt, antwortete sie: „Ich glaube der Abwärtstrend, der sich in den 1980er Jahren durchsetzte, hatte auch viel mit dem Krieg zu tun, den Ronald Reagan uns erklärt hatte, und der durch die Konterrevolution geführt wurde. Aber es mag sein, dass wir demokratischer hätten sein können. Vor allem in den 1990er Jahren. Die Logik der Demokratie war damals neu für uns...“

Die FSLN hat es nach dem Sieg 1979 nicht versäumt, sich von einer Guerillaorganisation in eine demokratische Partei zu wandeln. Sie hat es einfach nicht geschafft. Das weiß doch Mónica Baltodano. Sie hat mehrere Anläufe der Reorganisation der FSLN in dieser Zeit mitgemacht. Und wieso legt der *nd*-Interviewer Mónica Baltodano das Zitat von Sergio Ramírez in den Mund, wenn die gleiche Zeitung am 3. August 2018 die Meinung der LINKE-Abgeordneten im Berliner Abgeordnetenhaus Gaby Gottwald veröffentlichte, in der es heißt: „...Die Sandinisten haben 1979 Militär und Polizei neu aufgebaut und ‚zivilisiert‘, demokratische Strukturen geschaffen und mit aller Kraft gegen die USA und ihren schmutzigen Contra-Krieg verteidigt...“ Gab es nun demokratische Strukturen oder war die Logik der Demokratie neu?

Der Interviewer führt die Behauptung von Linken an, dass die Bewegung vom Ausland gesteuert sei. Mónica Baltodano antwortete: „Den Widerstand

und Kampf der Bevölkerung in Nicaragua durch eine Aktion des Imperialismus zu erklären, ist eine Beleidigung für die Toten, Gefangenen, und Kämpfenden. Es ist ein linkes Grundprinzip, dass es die Leute selbst sind, die Geschichte machen. Und dass die Leute genug Fähigkeiten besitzen, sich zu organisieren, ohne dass sie von außen dazu angestiftet werden.“

Da widerspricht sie sich selbst, denn es ist erwiesen, dass sich die Bewegung an die Exil-Nicaraguaner in Miami und die US-Senatoren um Hilfe wandte. Es ist erwiesen, dass der Imperialismus Banden finanzierte und förderte, die er in Venezuela und Nicaragua einsetzte. Die Drahtzieher haben es selbst zugegeben. Und Mónica Baltodano forderte im Interview das Ausland auf, Ortega zum friedlichen Rücktritt zu drängen.

Der Weg des Wechsels und die Demokratie

Carlos Fernando Chamorro auf Confidencial, 21. September 2018

1. Kann sich Ortega mit der sozialökonomischen Krise bis 2021 halten?

„Wir werden siegen“, rufen die Leute auf den Straßen und in der Tat kann man in diesem Ambiente die strategische Niederlage von Präsident Daniel Ortega als obersten Chef der Unterdrückung spüren. Sein Scheitern beruht darin, dass er das schlimmste Blutbad in der nationalen Geschichte in Friedenszeiten anrichtete. Das einzige, was er dem Land anbieten kann, ist die Gefahr, an der Macht festzuhalten wie ein gefürchteter und grausamer Diktator. Aber die Chance, sich bis 2021 zu halten, wird für Ortega immer unwahrscheinlicher. Nicht nur, weil sich angesichts der Unterdrückung der zivile Protest belastend am Leben erhält, sondern weil sich die politische Krise, die am 18. April begann, bereits in eine Wirtschaftskrise verwandelte, die gleichzeitig eine soziale Krise ausbrütete, die ebenfalls politische Konsequenzen mit sich bringt.

Die Gewalt, die das Regime entfesselte, um die zivile Rebellion zu ersticken, schlug eine unheilbare Wunde und begrub die geringen Grundlagen des Vertrauens, das die Wirtschaft und das soziale Zusammenleben stützen. Das durch das Gemetzel und die Schärfe bei der Verfolgung der zivilen Proteste sowie die Straffreiheit der Verbrecher des Regimes zerstörte Vertrauen, seine Schäden in der Wirtschaft sind verheerend. Die wirtschaftliche Dämpfung vollzog sich in den letzten fünf Monaten. Sie bestätigte, dass die hauptsächlichsten Motoren der privaten Wirtschaft ins Stocken gerieten. In einem Land, dem es an außerordentlichen natürlichen Ressourcen mangelt, das

internationaler Isolierung und Wirtschaftssanktionen mittels der multilateralen Organismen ausgesetzt ist, existieren keine weiteren Ersatzquellen, um die Wirtschaft zu reaktivieren.

Der Streit zwischen Ökonomen und Unternehmern über die Kapitallücke und den Verlust der internationalen Mittel ist nicht die Diagnose des Problems. Es sind vielmehr die Fristen, in welchen das System kollabieren wird, ob es sich noch vier, sieben oder neun Monate halten kann und welche Konsequenzen das haben wird. Alle sind sich einig, dass es ohne politischen Ausweg keine wirtschaftlichen Lösungen geben wird.

Die Kritiker warnen vor dem kurz bevorstehenden Risiko eines Durcheinanders der sensibelsten sozialen Variablen, die die Bevölkerung treffen können: Die Verarmung und der Verlust des Arbeitsplatzes, die Erhöhung der Preise und das Anwachsen der Verschuldung, der Abbau der finanziellen Stützung des Städteverkehrs und der Elektroenergie, zusammen mit der zusätzlichen Auswirkung der Krise des Kaffeeanbaus und der Reformen des Sozialversicherungssystems, was die Arbeitslosigkeit in Stadt und Land verschärfen wird. Im Gegensatz dazu machen die Anhänger der Regierung geltend, dass die zwangslose Wirtschaft und die Migration als Ablaufventil unserer strukturellen Wirtschaftskrise funktionieren und dass der öffentliche Sektor noch mit einem Aktionszeitraum rechnen kann, um mit immer rezessiver werdenden Maßnahmen die Ausgaben zu kürzen und die Ressourcen einzuschränken, um die Krise bis Ende 2020 hinauszuschieben.

Was aber niemand diskutiert, ist, dass das Land bereits in die Wirtschaftsrezession mit einem Verlust von 347.000 Arbeitsplätzen eingetreten ist. Nach Einschätzung von *The Economist Intelligence Unit* wird die Wirtschaft einen Rückgang von 3,4 Prozent und einen totalen Warenausfall von 8,4 Prozent in 2018 registrieren. Die Milderungsmaßnahmen der Regierung könnten einen noch größeren wirtschaftlichen Rückgang auslösen, der dann auch die Unterstützungsbasis des Regimes einschließlich der staatlichen Mitarbeiter treffen kann.

Es ist nicht möglich, einen Zusammenhang der direkten Gründe zwischen einer Dynamik der sozialen Konflikte und politischen Forderungen herzustellen. Aber wenn sich die Nebenwirkungen der Wirtschaftskrise mit den durch das Gemetzel vom April angehäuften politischen Ungerechtigkeiten verflechten, dann kann diese Kombination eine tolle Herausforderung für das Regime darstellen. Ortega hat die Fähigkeit verloren, Konsens zu schaffen, um einen Volksprotest aufzulösen und zu ersticken. Er hat demonstriert, dass er keine Skrupel hat, um zu töten, zu verfolgen und den zivilen Protest mit

Gewalt zu unterdrücken. Die Grundfrage für die unmittelbare Zukunft ist, ob alle Kräfte der nicaraguanischen Gesellschaft, einschließlich die Sandinisten, die die Familie Ortega-Murillo überleben wollen, dieses Mal die Entschlossenheit und Fähigkeit aufbringen, um die Unterdrückung zu bremsen und ein neues Gemetzel zu verhindern.

2. Neue Eskalation der Unterdrückung und Fristen des Rücktritts

Nach fünf Monaten friedlicher Revolution ist es offensichtlich, dass es dem Regime am politischen Willen mangelt, den Nationalen Dialog wiederherzustellen. Da er nicht mit der staatlichen Hilfe Maduro rechnen kann, wendet Ortega die Strategie der Kontrolle und der Unterdrückung Venezuelas mit einem mehr oder weniger ähnlichen Ergebnis an: Die Landflucht der verfolgten Oppositionellen und der Zusammenbruch der Wirtschaft. Unter der Losung „Der Comandante bleibt“ sprengte man alle Brücken, die einen politischen Ausgang erlaubt hätten, und brachte das Regime an einen Punkt ohne Rückkehr, an dem die FSLN und ihre Regierung jetzt auf ihr eigenes politisches Glück setzten. Der 19. Juli 2018 disqualifizierte die Bischöfe der Bischofskonferenz als „Putschisten“, die man Ende April verzweifelt gebeten hatte, den Nationalen Dialog zu moderieren. Nachdem man im August um die Mitwirkung des Generalsekretärs der UNO Antonio Gutierrez ersucht hatte, verwies man das Büro des Hohen Kommissars für Menschenrechte der UNO, dessen Bericht bestätigte, dass es in Nicaragua keine Anzeichen eines „Staatsstreichs“ gibt, sondern ein staatliches Massaker und Unterdrückungsaktionen der Polizei und der Paramilitärs, des Landes. Im September forderte man den „Rücktritt“ des alten Verbündeten, des Generalsekretärs der OAS Luis Almagro, als dieser vorgezogene Wahlen forderte und letztendlich anerkannte, dass „in Nicaragua eine Diktatur im Kommen ist“.

Obwohl die Gefängnisse voll von politischen Gefangenen sind, die des „Terrorismus“ beschuldigt werden, weil sie an den zivilen Protesten teilgenommen haben, kann man eine noch schärfere Unterdrückungseskalation zum Jahresende 2018 nicht ausschließen. Während in den Vereinigten Staaten überlegt wird, politische und wirtschaftliche Sanktionen gegen die Regierung und ihr Nahestehende zu verhängen..., wird die Logik Ortegas darin bestehen, die Repression eskalieren zu lassen. Sein „Gesetz für die Finanzierung des Terrorismus“ droht damit, Dutzende der sozialen und unternehmerischen Organisationen, demokratischen Stiftungen und Medien zu unterdrücken und ihnen vorzuwerfen, internationale Spenden zu erhalten, mit denen sie zur vermeintlichen Straftat „des Terrorismus und der Putschkonspiration“ angestiftet werden.

Die offizielle Strategie der Vergeltung zielt darauf ab, einen neuen Zyklus Unterdrückung-Proteste-Unterdrückung zu erzeugen und damit die wirtschaftliche Agonie zu verlängern. Zweifellos ist es noch möglich, einen politischen Ausweg vor 2021 aufzubauen, wenn es gelingt, die Aktionseinheit der drei Hauptkräfte zu schaffen. Diese sind die politische Kraft der sozialen Bewegung der Selbsternannten, die Zivilallianz und das Auftreten der sozialen Bewegungen; das wirtschaftliche Muskelspiel und der Druck der großen Unternehmer; die Distanzierung eines bedeutenden Sektors der Frente Sandinista – die öffentlichen Angestellten und der staatlichen Bürokratie – von der Familie Ortega.

Vom Zusammengehen dieser drei Kräftegruppierungen und von der gleichzeitigen Unterstützung, die die internationale Gemeinschaft erweist, um die Diktatur zu isolieren, wird die Möglichkeit abhängen, die Frist des Abgangs von Ortega zu verkürzen und eine Verhandlung zu erreichen, die zu vorgezogenen Wahlen führt. Der äußere Druck und die Wirtschaftskrise getrennt voneinander, werden niemals den autoritären Kurs des Regimes verändern. Und die einheimischen Kräfte werden nicht die Kraft aufbringen, sich in Akteure des demokratischen Wechsels zu verwandeln.

3. Das Krisenszenarium und das Ende der Diktatur

Für den Ausweg aus der Krise der Nichtregierbarkeit, die Nicaragua erlebt, werden zwei Szenarien diskutiert:

Ortega hält sich mit strikter Unterdrückung und in drei aufeinander folgenden Jahren der Wirtschaftsrezession bis 2021 an der Macht und hinterlässt ein kollabiertes Land

oder vor 2021 kommen neue Protestveranstaltungen des zivilen Protestes zustande, die von der politischen Krise und vom durch die wirtschaftliche und soziale Krise verursachten Verfall abhängen und in Verhandlungen, Reformen und vorgezogenen Wahlen münden.

Bei beiden Auswegen wird der Ortegaismus über eine Wahlreform, die eine angemessen transparente Wahl ermöglicht, auf eine politische Minderheit reduziert. Er würde unweigerlich die Präsidentschaft und die legislative Mehrheit verlieren, aber er würde weiterhin „von unten regieren“ mit seinen paramilitärischen Banden, der Kontrolle der Staatsorgane und der Erpressung des Chaos' im Tausch gegen Amnestien, politische Posten und Machtquoten.

Aus dem Vorhergesagten leitet sich eine Schlussfolgerung für einen Weg des demokratischen Wechsels seit der Rebellion vom April ab. Jeglicher Vorschlag des Übergangs zur Demokratie mit Gerechtigkeit und zum wirtschaftlichen Aufschwung mit sozialem Frieden, verlangt nicht nur den Rückzug Ortegas von der Macht, sondern außerdem tiefe politische Reformen, die den Caudillo und seine Anhängerschaft daran hindern, das Land unregierbar zu machen. Es reicht nicht aus, den Ortegaismus in einzelnen Wahlen zu schlagen. Die neue demokratische Führung, die aus der Bewegung „Blau und Weiß“ hervorgeht, muss an den Wahlen eine überwältigende Mehrheit erlangen, die ihr ein unbestreitbares politisches Mandat erteilt, die internationale Gemeinschaft zu einem Plan des außerordentlichen Beistands aufzurufen, um letztendlich die Einführung der Reformen zu unterstützen, die es erlauben, das Erbe der Strukturen der Diktatur niederzureißen.

Im Unterschied zur bewaffneten Revolution, die 1979 die Nationalgarde und weitere Institutionen der Somoza-Diktatur beseitigte, hat die friedliche Revolution vor, durch die Abstimmung an die Macht zu gelangen und die Institutionen von Grund auf zu reformieren. Aber die Entwaffnung der paramilitärischen Banden, die Überstellung der Unterdrücker und Verbrecher an die Justiz und der Kampf gegen die Korruption ohne Straffreiheit, erfordern die Zerstörung der Strukturen der Diktatur, beginnend bei der Säuberung und umfassenden Reform der Nationalpolizei, der Staatsanwaltschaft, des Obersten Gerichtshofs und des Rechnungshofes der Republik.

Um diese und weitere Änderungen anzugehen, muss es eine Verfassungsreform nach dem Beispiel der Verfassung von 1995 geben. Die neue demokratische Regierung erfordert die Unterstützung durch eine übernationale Untersuchungskörperschaft mit einer umfassenderen Bedeutung als die gegenwärtige Internationale Kommission gegen die Straffreiheit in Guatemala. Anderenfalls ist es undenkbar, dass die Grundlagen für Stabilität mit Demokratie gelegt und die Schuldigen des Gemetzels vor Gericht gestellt werden können. Infolge dessen beginnt der echte Wechsel mit der Zerstörung der Diktatur und dem Ende der Straffreiheit nach dem Abgang Ortegas von der Macht. Und das wird nur möglich sein mit einem Plan des multilateralen Beistands, der von der UNO, der OAS, der Europäischen Union und weiteren internationalen Akteuren unterstützt wird.

Offizielles Kommuniqué

Prensa Internacional Nicaragua

Die Regierung der Republik Nicaragua verurteilt auf diesem Wege die Erklärungen des Generalsekretärs der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), Herrn Luis Almagro, die er am 14. September 2018 in Cucula, Kolumbien, abgab. Herr Almagro erklärte konkret folgendes: „Ich glaube, dass wir hinsichtlich einer militärischen Intervention zum Sturz der Regierung von Nicolás Maduro, keine Option ausschließen dürfen.“ Auf ähnliche Weise äußerte sich Herr Almagro am 7. September auf dem 15. Lateinamerikanischen Gipfel, der in Miami, USA, stattfand: „Wir müssen uns auch bewusst sein, dass wir auf jedem Fall als Internationale Gemeinschaft eine Antwort geben müssen, um auch die Diktatur zu isolieren, die in Nicaragua eingerichtet werden soll.“

Die Regierung Nicaraguas unterstreicht angesichts solcher schlimmen Erklärungen, die erstens zu einer ausländischen militärischen Intervention gegen einen souveränen Staat und zweitens zum Abwürgen der Regierung eines anderen Staates aufrufen, dass die Charta der Vereinten Nationen und die Charta der OAS die Akte, die gegen die territoriale Integrität, Souveränität und politische Unabhängigkeit der Staaten verstoßen, ausdrücklich verbieten und ächten. Die Charta der OAS sagt in ihrem Artikel 1 folgendes:

„Artikel 1:

Die Staaten Amerikas widmen diese Charta der Internationalen Organisation, die sie geschaffen haben, um eine Ordnung des Friedens und der Gerechtigkeit zu erreichen, ihre Solidarität zu fördern, ihre Zusammenarbeit zu festigen und ihre Souveränität, territoriale Integrität und Unabhängigkeit zu verteidigen. Die Organisation Amerikanischer Staaten stellt ein regionales Organ der Vereinten Nationen dar.

Die Organisation Amerikanischer Staaten hat weiter keine Aufgaben, als diejenigen, die diese Charta ausdrücklich beinhaltet. Keine der Anordnungen autorisiert sie, sich in die innere Rechtsprechung der Mitgliedsstaaten einzumischen.“

Der Artikel 2 legt fest, dass sich innerhalb der wesentlichen Absichten der OAS folgende befinden: „Den Frieden und die Sicherheit des Kontinents zu sichern; die repräsentative Demokratie bei Beachtung des Prinzips der Nichteinmischung zu fördern und zu festigen.“

Wie sich zeigt, sagt die Charta der OAS hinsichtlich der Verteidigung der Souveränität, territorialen Integrität und Unabhängigkeit ihrer Mitgliedsstaaten ganz klar, dass sie verpflichtet sind, diese Prinzipien verantwortungsvoll zu befolgen, wie das die eigene Charta der regionalen Organisation aussagt: Keine ihrer Anordnungen autorisiert sie, sich in die innere Rechtsprechung der Staaten einzumischen und noch weniger, militärische Interventionen gegen einen Mitgliedsstaat zu fördern und zum Abwürgen einer amerikanischen Regierung aufzurufen. Die Erklärungen des Herrn Almagro in seiner Funktion als Generalsekretär der OAS stellen eine große Gefahr für den Frieden und die internationale Sicherheit und eine schwere Verletzung der fundamentalsten Prinzipien des internationalen Rechts dar.

Aus diesem Grund verurteilt die Republik Nicaragua die Position des Generalsekretärs der OAS aufs energischste und schärfste. Sie verklagt formal sein Verhalten, mit dem er seine Kompetenzen als Vertreter der regionalen Organisation überschreitet und nicht erfüllt. Er missachtet aufs schwerste die Prinzipien und Ziele, die die Säulen des Rechts und des Weltfriedens darstellen und die er verpflichtet ist, zu verteidigen. Folglich disqualifizieren diese Erklärungen ihn, das Amt des Generalsekretärs der OAS weiterhin zu begleiten. Er muss deshalb von diesem Amt zurücktreten.

Managua, 17. September 2018
Regierung der Versöhnung und Nationalen Einheit
Republik Nicaragua

Inhalt:

Nicaragua: Wer wen?	1
Der Weg des Wechsels und die Demokratie	9
Offizielles Kommuniqué	14

Redaktionsschluss: 31. Oktober 2018

Impressum:

Herausgeber: Wolfgang Herrmann (V.i.S.d.P)
Dreesch 18, 17291 Grünow
Telefon 039857-139003
Email: ing-herrmann@online.de

Internet: www.nuevanicaragua.de